

AKTIVES MUSEUM

FASCHISMUS UND WIDERSTAND



Geschäftsstelle: Köthener Straße 44 Tel.: (030) 261 76 61 FAX (030) 262 33 19
Konto: Berliner Sparkasse, Kto.Nr. 610012282 BLZ 100 500 00

Mitgliederrundbrief Nr. 16

April 1992

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

seit der Gründung des Aktiven Museums im Jahre 1983 war der wichtigste Punkt seiner Arbeit das "Gestapo"-Gelände in Berlin. Die lange und schwierige öffentliche Diskussion um das Gelände und um seine angemessene Gestaltung und Nutzung wurde mit dem Bericht der vom Senat eingesetzten Fachkommission im Jahre 1990 abgeschlossen. Viele Vorstellungen des "Aktiven Museums" sind in diesen Bericht eingegangen. Wir konnten mit dem Ergebnis zufrieden sein.

Allerdings gab es neue Schwierigkeiten: Die Vereinigung Deutschlands und Berlins drohte die Verwirklichung der Pläne auf dem Gelände in den Hintergrund zu rücken. Wir befürchteten, daß die Prioritäten nun anderes gesetzt und daß das große Grundstück in der Mitte Berlins nun womöglich doch zu anderen Nutzungen als der Geschichtsarbeit bestimmt werden könnte.

Wir freuen uns, daß es nicht so gekommen ist. Zum 1. April wurde das Grundstück an die Stiftung "Topographie des Terrors" übertragen und die auf den nächsten Seiten folgende Mitteilung an das Abgeordnetenhaus weitergeleitet. Wir drucken den gesamten Text ab, weil das Projekt für uns von zentraler Bedeutung ist.

Inhaltsverzeichnis

Dokumentiert:	Mitteilung über Umsetzung des Kommissionsberichts über den Umgang mit dem "Gestapogelände" am Martin-Gropius-Bau - Drucksache 12/1151 des Abgeordnetenhauses von Berlin 12. Wahlperiode	S. 3
Dokumentiert:	Offener Brief des Aktiven Museums an den Bundesminister für Finanzen	S. 17
Dokumentiert:	Auszug aus einem Artikel der "Berliner Zeitung" vom 24.4 über Theodor Waigels Reaktion auf die Proteste (eine Antwort auf seinen Brief vom 6.4. hat das Aktive Museum nicht erhalten).	S. 18
Dokumentiert:	Brief des Aktiven Museums an die Verantwortlichen für die ARD-Berichterstattung zu den Landtagswahlen am 5. 4. 1992	S. 19
Hans Coppi:	Antwort an Michael Venedey (s. Mitgliederrundbrief Nr. 14 und 15, Kontroverse um die Ausstellung "Ein antifaschistisches Traditionskabinett wird kommentiert")	S. 20
Dokumentiert:	Vorstellung des Buchs "Mythos Antifaschismus" - Artikel der Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung	S. 22
Stipendienvergabe des Vereins zur Förderung gesellschaftskritischer Sozialwissenschaft		S. 23
Veranstaltungshinweise		S. 24

Redaktion dieses Rundbriefs: Christiane Hoss



Mitteilung - zur Kenntnisnahme -

über Umsetzung des Kommissionsberichtes über den Umgang
mit dem „Gestapo-Gelände“ am Martin-Gropius-Bau

- Drsn Nr. 11/1242 und Nr. 11/1299 - Schlußbericht -

Der Senat legt nachstehende Mitteilung dem Abgeordnetenhaus
zur Besprechung vor:

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 24. Oktober
1990 TOP - 13 J - folgendes beschlossen:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, unverzüglich
Schritte zu unternehmen, um das „Gestapo-Gelände“ am Martin-
Gropius-Bau im Sinne des im März 1990 von der „Fachkommis-
sion zur Erarbeitung von Vorschlägen für die künftige Nutzung
des ‚Prinz-Albrecht-Geländes‘ in Berlin-Kreuzberg“ vorgelegten
Abschlußberichtes wie auch der Ergebnisse der öffentlichen Dis-
kussion hierüber zu sichern.

Hierzu wird erwartet, daß dem Abgeordnetenhaus noch in
diesem Jahr ein Zeit- und Organisationsplan zur Realisierung der
im Kommissionsbericht vorgeschlagenen Nutzungen vorgelegt
wird.

Dieser Plan soll

- Aufschluß über die langfristige Sicherung der Ausgrabungen
wie über die Fortführung der Ausstellung „Topographie des
Terrors“ geben;
- die internationale Beteiligung an der zukünftigen Arbeit auf
dem Gelände ermöglichen;
- die Mitbestimmung und Mitarbeit der bisher auf dem und im
Zusammenhang mit dem Gelände tätigen Gruppen sichern;
- unbeschadet der beabsichtigten Beteiligung des Bundes die
Federführung des Landes Berlin bei allen das Gelände
betreffenden Fragen festlegen.

Weiterhin wird erwartet, daß der Senat zur Vorbereitung einer
zukünftigen Trägerschaft unverzüglich eine Vororganisation mit
einem entsprechenden Arbeitsauftrag ins Leben ruft.

Hierzu wird berichtet:

I.

1. Vororganisation zur künftigen Trägerschaft des ehemaligen „Gestapo-Geländes“ in Berlin-Kreuzberg

Der Senat errichtet zum 1. April 1992 als Vororganisation eine unselbständige Stiftung unter dem Namen - „Topographie des Terrors - Internationales Dokumentations- und Begegnungszentrum Berlin“.

An die Stelle der unselbständigen Stiftung soll später eine selbständige Stiftung öffentlichen Rechts treten, die spätestens bis zum 31. Dezember 1993 unter Beteiligung des Bundes errichtet sein soll.

Ein entsprechendes Statut ist diesem Bericht als Anlage 1 beigefügt. Das Statut regelt unter anderem die internationale Beteiligung an der zukünftigen Arbeit auf dem Gelände und die Beteiligung der bisher auf dem und im Zusammenhang mit dem Gelände tätigen Gruppen.

Die Senatsverwaltungen für Kulturelle Angelegenheiten ist beauftragt, mit der Bundesregierung - dem Bundesminister des Innern - Verhandlungen mit dem Ziel zu führen, daß sich die Bundesrepublik Deutschland von Anfang an an der Stiftung mit mindestens 50 v. H. der entstehenden Kosten beteiligt. Entsprechende Kontakte bestehen bereits seit geraumer Zeit. In den diversen Gesprächen wurde dem Grunde nach die Bereitschaft zu einer Beteiligung signalisiert; der Bund will sich jedoch zuvor einen Gesamtüberblick über die relevanten Einrichtungen verschaffen, die eine Beteiligung des Bundes erforderlich machen, so z. B. an der Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald.

2. Aufgaben der künftigen selbständigen Stiftung

- a) Aufgabe der Stiftung ist es, auf der Grundlage des Abschlußberichtes der Fachkommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für die künftige Nutzung des „Prinz-Albrecht-Geländes“ („Gestapo-Geländes“) in Berlin-Kreuzberg (vorgelegt im März 1990) stufenweise eine Gedenkstätte mit einem wissenschaftlichen Dokumentations- und einem Besucherzentrum sowie mit einer internationalen Begegnungsstätte zu planen und zu errichten. Die historischen Spuren des ehemaligen „Gestapo-Geländes“ sind zu erhalten und zu sichern.

Weiterhin ist die Ausstellung „Topographie des Terrors“ fortzuführen und laufend zu ergänzen. Die provisorische Ausstellungshalle ist durch ein stabiles, äußerlich anspruchsloses Gebäude zu ersetzen.

- b) Die Stiftung soll der Vermittlung zwischen der historischen Erfahrung des Nationalsozialismus und der Gestaltung unserer eigenen Zukunft in einer demokratischen Gesellschaft dienen, zu einer Auseinandersetzung mit der Geschichte des nationalsozialistischen Unrechtsstaates anregen. Sie soll u. a. in Form einer historischen Dokumentation sowie mit modellhaften Ausstellungen über die besondere Bedeutung des ehemaligen „Gestapo-Geländes“, über die einzelnen Terrorinstitutionen des NS-Regimes, über deren Funktionsweise und über die von ihnen verübten Verbrechen informieren.

- c) In einem Besucherzentrum soll durch eine Bibliothek, durch Dokumentations-sammlungen, vielfältiges Informationsmaterial, Medienräume und Tagungsräume die Möglichkeit zum Eigenstudium, zum Nachdenken und zur Diskussion geschaffen werden.

Es soll Anlaufstelle und unterstützender Partner für alle diejenigen in Berlin sein, die sich in Eigeninitiative mit der NS-Zeit beschäftigen. Es soll auch Diskussionsforum für Besuchergruppen bilden, die sich in Berlin mit der Geschichte des Nationalsozialismus, mit Terror und Völkermord auseinandersetzen wollen.

- d) In Verbindung mit dem Besucherzentrum ist eine wissenschaftliche Dokumentationsstelle einzurichten, die die wichtigsten Dokumente der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspraxis erschließt und verfügbar macht. Die Dokumentationsstelle soll im ständigen Austausch mit internationalen Institutionen arbeiten.

- e) Stufenweise soll eine internationale Begegnungsstätte - mit Gästehaus - errichtet werden, die durch ihre Arbeit die Auseinandersetzung mit der historischen Erfahrung des Nationalsozialismus fruchtbar macht, insbesondere durch das Gespräch zwischen den verschiedenen Nationen, Kulturen und Religionsgemeinschaften, den politischen Lagern und sozialen Schichten.

- f) Die Stiftung hat die Aufgabe, in all ihren Aktivitäten Zeichen dafür zu setzen, daß die zusammenwachsende Nation die notwendige Auseinandersetzung mit diesem Teil der Geschichte als einen unverzichtbaren Teil ihres Selbstverständnisses in der Gegenwart wie in der Zukunft begreift.

II.

Zeit- und Organisationsplan

1. Langfristige Sicherung der Ausgrabungen

Die gutachterlichen Stellungnahmen zur langfristigen Sicherung der Ausgrabungen werden bis März 1992 ausgewertet sein. Danach wird durch die Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen in enger Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten und der neu gegründeten Trägerorganisation ein Ideenwettbewerb als Grundlage zur Entscheidung über Art und Umfang der zu realisierenden Maßnahmen durchgeführt. Bei der Vorbereitung und Durchführung des Ideenwettbewerbs ist dem Bundesministers des Innern der seiner angestrebten Beteiligung entsprechende Einfluß einzuräumen.

Mit dem Wettbewerbsergebnis kann im Frühjahr 1993 gerechnet werden. Danach könnten dann Bauplanungsunterlagen zur Prüfung vorgelegt werden, so daß nach zustimmender Kenntnisnahme des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses und Anerkennung der Bauplanungsunterlagen mit einem Beginn der Bauarbeiten im Sommer 1993 gerechnet werden kann. Die baulichen Maßnahmen könnten dann voraussichtlich im Frühjahr 1995 durchgeführt sein.

Es wird angestrebt, das Dokumentations- und Begegnungszentrum zum 50. Jahrestag „Ende des Zweiten Weltkriegs“, am 8. Mai 1995, zu eröffnen.

III.

Finanzierung

Für die Aufgaben der unselbständigen Stiftung „Topographie des Terrors - Internationales Dokumentations- und Begegnungszentrum Berlin“ wird der Senat zunächst von den beim Kapitel 17 00 - Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten - Titel 682 08 - Zuschuß für die Ausstellung Topographie des Terrors - veranschlagten Ausgaben Mittel zum Teilausgleich heranziehen. Mehrausgaben sind nachstehend dargelegt. Darüber hinaus wird der Senat sich bemühen, eine Beteiligung des Bundes von mindestens 50 v. H. der Finanzierung des Projektes zu erreichen. Die Kosten für die langfristige Sicherung der Ausgrabungen und für die Umsetzung der von der Fachkommission im einzelnen vorgeschlagenen Nutzungen können erst nach Entscheidung über Art und Umfang der zu realisierenden Maßnahmen ermittelt werden. Sie werden gegenwärtig auf 21,0 Mio. DM für Investitionen geschätzt.

Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

Ausgehend von einem für die Einrichtung anerkennungsfähigen Jahresbedarf 1992 von insgesamt	3 004 200,- DM
davon Personalausgaben	1 404 700,- DM
Sachausgaben	1 599 500,-
hiervon 50 % v. H. als Bundesbeteiligung	1 502 100,- DM
ergibt sich bei erwarteten Einnahmen von insgesamt	1 573 300,-
ein Jahresfehlbedarf von	1 430 900,-
im Kapitel 17 00, Titel 682 08 sind Zuschüsse für 1992 von	1 734 000,-

veranschlagt, so daß sich daraus eine Minderbelastung ergeben würde.

Vom Zeitpunkt der für den 1. April 1992 geplanten Gründung der nichtrechtsfähigen Stiftung werden die für die Einrichtung entstehenden Einnahmen und Ausgaben bei dem neu einzurichtenden Kapitel 17 99 - Topographie des Terrors - Internationales Dokumentations- und Begegnungszentrum - anteilig nachzuweisen sein.

Beim Kapitel 17 99 werden dementsprechend voraussichtlich anteilige Mehrausgaben für neun Monate von (rund 2 253 150,- DM) entstehen, für die im Rahmen der Haushaltswirtschaft Haushaltsüberschreitungen zuzulassen sind.

Die im Haushaltsplan 1992 bei Kapitel 17 00, Titel 682 08, für die Ausstellung „Topographie des Terrors“ veranschlagten Zuschüsse in Höhe von 1 734 000,- DM werden bis zur Errichtung der Stiftung für die Aufgaben herangezogen.

Dem Mehrbedarf bei Kapitel 17 99 stehen die bei Kapitel 17 00, Titel 682 08 anteilig zu erzielenden Einsparungen gegenüber, deren Höhe maßgeblich vom Einsetzen der Beteiligung des Bundes abhängen wird, mindestens jedoch mit rund 980 000,- DM anzusetzen ist.

In einem gegebenenfalls Nachtragshaushaltsplan werden die haushaltsmäßigen Konsequenzen zu berücksichtigen sein.

Für 1993 wird beim Kapitel 17 99 für den laufenden Betrieb ein Jahresbedarf von rund 3 070 600,- DM zu veranschlagen sein, wobei für die Einnahmen mit einer mindestens 50%igen Beteiligung des Bundes an den Aufwendungen gerechnet wird.

Über die Berücksichtigung einer Anfangsrate für die auf Gesamtkosten von 21 Mio. DM geschätzte Baumaßnahme bei Kapitel 17 99, Titel 701 14 - Neubau einer Ausstellungshalle sowie eines Dokumentations-, Besucher- und Begegnungszentrums „Topographie des Terrors“ wird im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 1993 bzw. der Investitionsplanung 1992 bis 1996 zu entscheiden sein. In der Investitionsplanung 1991 bis 1995 ist die bisher in wesentlich kleinerem Rahmen konzipierte Baumaßnahme erst mit Gesamtkosten von 2,12 Mio. DM, beginnend mit einer Anfangsrate in 1994 von 1 Mio. DM, abgesichert. Es wird erwartet, daß sich der Bund ebenfalls mit 50 v. H. an den Investitionskosten beteiligt.

Bei Kapitel 12 00 - Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen -, Titel 526 11 - Städtebauliche Wettbewerbe - entstehen für die Durchführung des Ideenwettbewerbs Kosten in Höhe von 293 800,- DM für das Haushaltsjahr 1992, die nicht im Haushaltsplan 1992 veranschlagt sind. Weitere 100 000,- DM werden 1993 benötigt.

Über die Bereitstellung der 1992 benötigten Mittel wird in der Haushaltswirtschaft entschieden.

Darüber hinaus entstehen beim Kapitel 17 00 - Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten - bis zur Gründung einer Stiftung des öffentlichen Rechts, die für die Bewirtschaftung des Grundstücks zu übernehmenden

	Ausgaben davon DM	Mehrausgaben DM
517 26 Müllabfuhr	18 630	
517 27 Hausreinigung, Desinfektion	18 630	
517 29 Außenbewachung	246 330	
sowie abhängig von Beginn der Baumaßnahmen		
519 03 Unterhaltung der Gartenanlagen	54 855	
540 31 Beseitigung von Bodenverunreinigungen rund	673 000	rund 673 000
540 52 Bodendenkmalpflege rund	104 000	rund 104 000
insgesamt	1 115 445	

Personalwirtschaftliche Auswirkungen

Die personalwirtschaftlichen Auswirkungen im ab 1. April 1992 notwendigen, neuen Kapitel 17 99 „Topographie des Terrors - Internationales Dokumentations- und Begegnungszentrum Berlin“ sind der Anlage 4 zu entnehmen.

Grundstücksmäßige Auswirkungen

Das Land Berlin überträgt der Stiftung die Grundstücke Niederkirchstraße 8, 9 und 10, Wilhelmstraße 98-107, Anhalter Straße 13-14 in 1000 Berlin 61 (Kreuzberg).

Darüber hinaus wird die Senatsverwaltung für Finanzen mit dem Bund zwecks Überlassung der bundeseigenen Teilfläche des Grundstücks Anhalter Straße 15/Wilhelmstraße 15 (Flurgrundstück Nr. 526 - 7 685 m²) in 1000 Berlin 61 in Verhandlung treten.

Wir bitten, den Beschluß damit als erledigt anzusehen.

Anlagen:

- 1 Entwurf des Status für die unselbständige Stiftung - „Topographie des Terrors - Internationales Dokumentations- und Begegnungszentrum Berlin“
- 2 Vorläufiger Arbeitsphasen- und Zeitplan bis zum Baubeginn
- 3 Abschlußbericht der Fachkommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für die künftige Nutzung des „Prinz-Albrecht-Geländes“ („Gestapo-Geländes“)
- 4 Stellenplan und Organigramm über die Organisation und den Personalbedarf der Stiftung
- 5 Begründung des Personalbedarfs

Berlin, den 13. Februar 1992

Der Senat von Berlin

Diepgen
Regierender Bürgermeister

Ulrich Roloff-Momin
Senator für Kulturelle
Angelegenheiten

Anlage 1

Statut für die Stiftung „Topographie des Terrors – Internationales Dokumentations- und Begegnungszentrum Berlin“

1. Unter dem Namen „Stiftung Topographie des Terrors – Internationales Dokumentations- und Begegnungszentrum Berlin“ wird im Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten eine unselbständige Stiftung öffentlichen Rechts mit Sitz in Berlin auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“ („Gestapo-Gelände“), Schaltzentrale des einstigen NS-Terrors im Zentrum Berlin, errichtet.
2. **Aufgaben**
- 2.1 Aufgabe der Stiftung ist es, auf der Grundlage des Abschlußberichtes der Fachkommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für die künftige Nutzung des „Prinz-Albrecht-Geländes“ („Gestapo-Geländes“) in Berlin-Kreuzberg (vorgelegt im März 1990) stufenweise eine Gedenkstätte mit einem wissenschaftlichen Dokumentations- und einem Besucherzentrum sowie mit einer internationalen Begegnungsstätte zu planen und deren Errichtung vorzubereiten. Die historischen Spuren des ehemaligen „Gestapo-Geländes“ sind zu erhalten und zu sichern.
- Weiterhin ist die Ausstellung „Topographie des Terrors“ fortzuführen und laufend zu ergänzen. Die Stiftung hat eine Sammlung der wichtigsten Dokumente der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspraxis im ständigen Austausch mit internationalen Institutionen vorzubereiten. Die provisorische Ausstellungshalle ist durch ein stabiles, äußerlich anspruchloses Gebäude zu ersetzen.
- 2.2 Die Stiftung soll der Vermittlung zwischen der historischen Erfahrung des Nationalsozialismus und der Gestaltung unserer eigenen Zukunft in einer demokratischen Gesellschaft dienen, zu einer Auseinandersetzung mit der Geschichte des nationalsozialistischen Unrechtsstaates anregen. Sie soll unter anderem in Form einer historischen Dokumentation sowie mit modellhaften Ausstellungen über die besondere Bedeutung des ehemaligen „Gestapo-Geländes“, über die einzelnen Terrorinstitutionen des NS-Regimes, über deren Funktionsweise und über die von ihnen verübten Verbrechen informieren.
- 2.3 Die Stiftung hat die Aufgabe, in all ihren Aktivitäten Zeichen dafür zu setzen, daß die zusammenwachsende Nation die notwendige Auseinandersetzung mit diesem Teil der Geschichte als einen unverzichtbaren Teil ihres Selbstverständnisses in der Gegenwart wie in der Zukunft begreift.
3. **Stiftungsvermögen**
- 3.1 Das Land Berlin überträgt der Stiftung die Grundstücke Niederkirchnerstraße 8, 9 und 10, Wilhelmstraße 98–107, Anhalter Straße 13–14 in 1000 Berlin 61 (Berlin-Kreuzberg) sowie die für die Ausstellung „Topographie des Terrors“ bisher erworbenen Vermögensgegenstände.
- Sie sollen mit der vorgesehenen Errichtung einer rechtsfähigen Stiftung „Topographie des Terrors – Internationales Dokumentations- und Begegnungszentrum Berlin“ auf diese übergehen.
- Darüber hinaus wird die Senatsverwaltung für Finanzen mit dem Bund zwecks Überlassung der bundeseigenen Teilfläche des Grundstücks Anhalter Straße 15/Wilhelmstraße 15 (Flurstück Nr. 526 – 7 685 m²), in 1000 Berlin 61 (Berlin-Kreuzberg), in Verhandlung treten.
- 3.2 Die Einnahmen und Ausgaben der Stiftung werden in einem besonderen Kapitel des Haushaltsplans des Landes Berlin nachgewiesen.
- 3.3 Die Stiftung ist berechtigt, nach Maßgabe der für das Land Berlin geltenden Vorschriften, Zuwendungen von dritter Seite anzunehmen.
- 3.4 Erträge des Stiftungsvermögens und sonstige Einnahmen sind nur im Sinne des Stiftungszwecks zu verwenden.
4. **Organisation der Stiftung**
- 4.1 Bei der Stiftung werden gebildet:
- ein Stiftungsrat;
 - ein Arbeitsausschuß;
 - ein Beirat.
- 4.2 Die Stiftung hat eine Geschäftsführung, die sich aus einer geschäftsführenden Direktorin/einem Direktor und einer wissenschaftlichen Direktorin/einem Direktor zusammensetzt. Die wissenschaftliche Direktorin/der Direktor vertritt die Stiftung nach außen.
5. **Stiftungsrat**
- 5.1 Der Stiftungsrat beschließt die Grundzüge der Planungen für die künftigen Einrichtungen auf dem Gelände und der Programmgestaltung. Er beschließt außerdem den Wirtschaftsplan sowie bedeutsame Personalentscheidungen. Er überwacht die Tätigkeit der Geschäftsführung; die Geschäftsführung hat hierzu im Stiftungsrat zu berichten. Er erläßt eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung.
- 5.2 Dem Stiftungsrat gehören an:
- das für Kulturelle Angelegenheiten zuständige Mitglied des Senats;
 - 1 Vertretung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin (Senatskanzlei);
 - 1 Vertretung der Senatsverwaltung für Finanzen;
 - 1 Vertretung des Bundesministers des Innern;
 - 1 Vertretung des Auswärtigen Amtes;
 - die Vorsitzende/der Vorsitzende des Beirats, eine weitere Vertreterin/ein weiterer Vertreter des Beirats sowie zwei Vertreterinnen/Vertreter des Arbeitsausschusses;
 - die Geschäftsführung der Stiftung mit beratender Stimme.
- 5.3 Für jedes Mitglied des Stiftungsrats ist eine Vertretung und Stellenvertretung zu benennen. Auf Einladung des Stiftungsrats können weitere Persönlichkeiten mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnehmen.
- 5.4 Die Mitglieder des Stiftungsrats können von den entscheidungsberechtigten Stellen abberufen werden.
- Scheidet ein Mitglied des Stiftungsrats oder dessen Vertretung aus, ist eine Nachfolgerin/ein Nachfolger zu benennen.
- 5.5 Die Vorsitzende/der Vorsitzende des Stiftungsrats ist das für Kulturelle Angelegenheiten zuständige Mitglied des Senats.
- 5.6 Jedes Mitglied führt eine Stimme im Stiftungsrat. Im Falle der Verhinderung des Mitglieds bzw. dessen Vertretung kann die Stimmübung einem anderen Mitglied des Stiftungsrats übertragen werden.
- 5.7 Der Stiftungsrat ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind. Er faßt seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der Vorsitzenden/des Vorsitzenden den Ausschlag.
- Die Vorsitzende/der Vorsitzende kann Beschlüsse auch auf schriftlichem Wege herbeiführen, wenn es sich um Angelegenheiten von geringer Bedeutung oder um solche Angelegenheiten handelt, deren Erledigung keinen Aufschub bis zur nächsten Stiftungsratsitzung dulden; widersprechen mindestens drei Mitglieder innerhalb einer Zweiwochenfrist dieser Verfahrensweise, setzt die Vorsitzende/der Vorsitzende die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

7

Dringende Angelegenheiten, die nicht im Umlaufverfahren erledigt werden können, bedürfen einer vorherigen Anmeldefrist bis spätestens 14 Tage vor dem nächsten anberaumten Sitzungstermin.

6. Arbeitsausschuß

6.1 Dem Arbeitsausschuß gehören sieben bis zehn Sachverständige für die zur Erfüllung des Stiftungszwecks wahrzunehmenden Aufgaben an. Sie werden von dem Kulturelle Angelegenheiten zuständigen Mitglied des Senats im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern für die Dauer von zwei Jahren berufen. Für die Erstberufung der Mitglieder des Arbeitsausschusses hat die Fachkommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für die künftige Nutzung des Prinz-Albrecht-Geländes das Vorschlagsrecht.

6.2 Der Arbeitsausschuß erstellt die Grundzüge für die Programmgestaltung. Er berät den Stiftungsrat bei der Erarbeitung von Konzeptionen für die Stiftung „Topographie des Terrors - Internationales Dokumentations- und Begegnungszentrum Berlin“.

Die wissenschaftliche Direktorin/der Direktor oder die Stellvertreterin/der Stellvertreter nimmt den Vorsitz im Arbeitsausschuß wahr.

7. Beirat

7.1 Der Beirat setzt sich aus Mitgliedern aus dem Bereich gesellschaftlich relevanter Kräfte und der historisch-politischen Bildung des In- und Auslands zusammen. Er berät den Stiftungsrat und den Arbeitsausschuß bei der Erarbeitung der Konzeption sowie bei der übrigen Programmgestaltung für die Stiftung „Topographie des Terrors - Internationales Dokumentations- und Begegnungszentrum Berlin“.

7.2 Dem Beirat gehören an:

- ausländische und deutsche Gedenkstätten
- Institutionen, Gruppen und Initiativen, wissenschaftliche und weitere Persönlichkeiten, die mit dem Aufgabenbereich der Stiftung befaßt sind.

Die Mitglieder entsenden ihre Vertreterinnen/ihre Vertreter und benennen deren Stellvertreterinnen/Stellvertreter. Bei deren Ausscheiden können die entsendungsberechtigten Stellen neue Personen zur Vertretung bzw. zur Stellvertretung benennen.

Dem Beirat sollen maximal 21 Mitglieder angehören.

7.3 Die Mitglieder des Beirats werden vom Stiftungsrat ohne Mitwirkung der Vertreter des Beirats im Einvernehmen mit dem Arbeitsausschuß berufen. Die Kriterien zur Berufung werden ebenfalls vom Stiftungsrat im Einvernehmen mit dem Arbeitsausschuß getroffen.

7.4 Der Beirat wählt sich eine Vorsitzende/einen Vorsitzenden und eine Stellvertreterin/einen Stellvertreter.

8. Geschäftsführung

8.1 Die Geschäftsführung führt die Beschlüsse des Stiftungsrats aus, bereitet dessen Sitzungen und die Sitzungen des Arbeitsausschusses und des Beirats vor und führt die Geschäfte der Stiftung. Näheres wird in der Geschäftsordnung geregelt.

8.2 Die Geschäftsführung wird von dem für Kulturelle Angelegenheiten zuständigen Mitglied des Senats im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern bestellt.

9. Ehrenamtliche Tätigkeit

Die Mitglieder des Stiftungsrats, des Arbeitsausschusses und des Beirats üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Die Erstattung von Reisekosten und sonstigen Auslagen richtet sich nach den für die unmittelbare Landesverwaltung geltenden Bestimmungen.

10. Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen

Die Stiftung untersteht der Rechtsaufsicht des zuständigen Senatsmitgliedes. Für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen sowie für die Rechnungslegung der Stiftung gelten die Bestimmungen der Landeshaushaltsordnung und das sonstige Haushaltsrecht des Landes Berlin. Die Haushalts- und die Wirtschaftsführung unterliegen der Prüfung durch den Rechnungshof des Landes Berlin.

11. Inkrafttreten

Der Beschluß tritt am 28. Januar 1992 in Kraft und mit Inkrafttreten eines Gesetzes über die Errichtung einer rechtsfähigen Stiftung „Topographie des Terrors - Internationales Dokumentations- und Begegnungszentrum Berlin“ außer Kraft. Der Stiftungsrat, der Arbeitsausschuß und der Beirat gesellschaftlich relevanter Kräfte und der Institutionen der historisch-politischen Bildung des In- und Auslands nehmen ihre Aufgaben bis zur Konstituierung der entsprechenden Gremien der rechtsfähigen Stiftung des öffentlichen Rechts wahr.

12. Anlage

Abschlußbericht der Fachkommission zur Gestaltung des „Prinz-Albrecht-Geländes“ („Gestapo-Geländes“) in Berlin-Kreuzberg (vorgelegt im März 1990).

Anlage 2

Senator für Kulturelle Angelegenheiten

Erläuterungen der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen für den Ideenwettbewerb für die künftige Gestaltung des „Prinz-Albrecht-Geländes“ („Gestapo-Geländes“)

Nähere Erläuterungen zu den Titeln 427 01, 526 02, 526 03, 540 79

Vorläufiger Arbeitsphasen- und Zeitplan

1. Arbeitsvorbereitung (Auslobung), Vorschlag und Auswahl von Teilnehmern, Beratern und Juroren	1. 4. 1992 15. 5. 1992
2. Konkurrierende Planungsvorstufe zur Anfertigung verschiedener Konzeptstrukturen mit anschließender Festsetzung von zehn Denkmodellen	15. 5. 1992
3. Interne Beratung (Baukommission)	15. 7. 1993
4. Offene, teilweise seminaristische Weiterbearbeitung mit zwischenzeitlicher Kontrolle. Eventuelle Anregung und Entwicklung von zusätzlichen Alternativen	17. 7. 1992
5. Interne Beratung (Baukommission)	10. 9. 1992
6. Separate Enddarstellung von sechs bis acht vergleichbaren Alternativen mit dem Bau von Modellen und Kostenermittlung	13. 10. 1992
7. Vorprüfung	17. 11. 1992
8. Bewertung	15. 1. 1993



Pos.	Beschreibung	Termin	1. Phase	2. Phase
1.	Vorschlag und Auswahl			
1.1	Nach hausinterner Abstimmung und Beratung in der Baukommission sowie der Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten und der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen Fertigstellung der Auslobung (Text, Planunterlagen, Modell und Vorschlagslisten) Materialaufwand	1. 4. 1992		50 000,-
1.2	Auswahl und Beauftragung von 10 Architekten Beraterkreis 5 Sekretäre der Baukommission 5 Mitglieder als Moderatoren Internationale Jury (erweiterte Baukommission) Vorprüfung Organisation Die Auswahl der Personen erfolgt auf der Grundlage einer Vorschlagsliste, die mit der Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten und der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen abgestimmt und von der „Stiftung Topographie des Terrors - Internationales Dokumentations- und Begegnungszentrum Berlin“ anerkannt wurde.	15. 5. 1992		
2.	Konkurrierende Planungsvorstufe			
2.1	Ein ganztägiges Arbeitsscolloquium Das Einführungscolloquium soll anhand der zuvor zugestellten Planungsunterlagen zwischen sämtlichen Beteiligten einen gleichen Informationsstand herstellen bzw. seine Problematisierung ermöglichen. 10 Architekten à 1 400,- 5 technische Berater à 500,- 5 Sachberater à 500,- 5 Moderatoren à 300,- Materialaufwand Reisekosten	15. 5. 1992		14 000,- 2 500,- 2 500,- 1 500,- 1 000,- 6 000,-
2.2	Ein zwei- bis dreitägiges Arbeitsscolloquium Nach Drucklegung der Aufgabenstellung sollen die Teilnehmer erste Gedanken zum Thema vortragen bzw. Rückfragen stellen; u. U. erfolgt schon die Herausstellung möglicher Denkmodelle 10 Architekten 5 technische Berater sporadisch 5 Sachberater 5 Moderatoren Materialaufwand Reisekosten	15. 6. 1992		14 000,- 1 000,- 1 000,- 1 000,- 1 000,- 5 000,-
2.3	Ein eintägiges Arbeitsscolloquium Nach einer separaten Arbeitsphase Vorstellung der skizzenhaft erarbeiteten Konzeptstrukturen und Denkmodelle 10 Architekten 5 Sachberater 5 Moderatoren Materialkosten Reisekosten	11. 7. 1992		14 000,- 2 500,- 1 500,- 1 000,- 5 000,-
3.	Interne Beratung (Baukommission)			
3.1	Beurteilung und Auswahl von zehn Denkmodellen unter evtl. Einholung spezieller Beratungen und Konsultationen der Senatsverwaltungen.			

Pos.	Beschreibung	Termin	1. Phase	2. Phase
4.	Offene Weiterbearbeitung			
4.1	Eine 14-tägige seminaristische Weiterbearbeitung	17. 7. 1992		
	10 Architekten			90 000,-
	5 technische Berater			2 500,-
	5 Sachberater			10 000,-
	5 Moderatoren			2 000,-
	Materialaufwand			6 000,-
	Reisekosten			7 000,-
4.2	Ein mehrtägiges Arbeitsgespräch als Zwischenkontrolle der bis zu diesem Zeitpunkt erarbeiteten Ergebnisse mit dem Ziel, zusätzliche Anregungen auszusprechen. Eventuell werden auch zusätzliche Denkmodelle unter Berufung neuer Teilnehmer initiiert.	15. 8. 1992		
	10 Architekten			10 000,-
	5 technische Berater sporadisch			2 500,-
	5 Sachberater			1 500,-
	5 Moderatoren			6 000,-
	Materialaufwand			2 000,-
	Reisekosten			5 000,-
4.3	Ein zweitägiges Colloquium	10. 9. 1992		
	In einem gemeinsamen Gespräch soll im erweiterten Arbeitskreis das entstandene Ergebnis vorgestellt und erörtert werden. Eventuell ergeben sich notwendige Korrekturen.			
	Materialkosten			500,-
	Reisekosten			5 000,-
5.	Interne Beratung			
	(Erweiterte Baukommission)	10. 9. 1992		
6.	Separate Enddarstellung von 6 bis 8 Alternativen			
6.1	Endgültige Darstellung der Arbeiten. Hierbei sollen auch Voraussetzungen - eventuell unter teilweiser Einholung von Kostengeboten - für eine vergleichbare Kostenbeurteilung geschaffen werden.			
	10 Architekten			40 000,-
	5 technische Berater			2 500,-
	Moderator			1 000,-
	10 Modelle			20 000,-
	Materialkosten			3 000,-
	Reisekosten			2 000,-
7.	Vorprüfung			
7.1	Abgabe der Arbeiten, Vorprüfung, Kostenvergleich.	17. 11. 1992		
	Unter Bildung einer Prüfungskommission (Berater und Moderatoren) und Hinzuziehung von Experten; schriftliche Beurteilung			
	Vorprüfungen			8 000,-
	Materialaufwand			2 000,-
8.	Bewertung			
8.1	Bewertung durch die Jury (erweiterte Baukommission)	15. 1. 1993		
8.2	Nach einer ersten Sitzungsphase Einladung zusätzlich technischer Beratung und Vororientierung der Senatsverwaltungen			
	Materialaufwand			5 000,-
8.3	Gemeinsame Schlußsitzung mit Vertretern der Senatsverwaltungen; Schlußempfehlung			
				358 000,-
8.4	10 % Unvorhergesehenes			35 800,-
				393 800,-

9. Erläuterung und Zusammenfassung

427 01

Koordination/Organisation mtl. 6 000,- DM	1991	30 000,-
Koordination/Organisation mtl. 6 000,- DM	1992	42 000,-
Architekten/innen	1991	42 000,-
Architekten/innen	1992	140 000,-

526 02

Moderatoren/innen	1991	4 000,-
Moderatoren/innen	1992	9 000,-
Berater/innen	1991	10 000,-
Berater/innen	1992	18 500,-
Reisekosten	1991	15 000,-
Reisekosten	1992	20 000,-
Materialkosten	1991	8 000,-
Materialkosten	1992	13 500,-
Fertigstellung der Auslobung	1992	50 000,-
Vorprüfungen	1992	8 000,-

526 03

10 Modelle	1992	20 000,-
------------	------	----------

540 79

Unvorhergesehene Ausgaben	1992	35 800,-
---------------------------	------	----------

Anlage 3

Abschlußbericht
der Fachkommission zur Erarbeitung von Vorschlägen
für die künftige Nutzung des
„Prinz-Albrecht-Geländes“ („Gestapo-Geländes“)
in Berlin-Kreuzberg
 - vorgelegt im März 1990 -

Die Anlage 3 kann in der Bibliothek des Abgeordnetenhauses eingesehen werden.

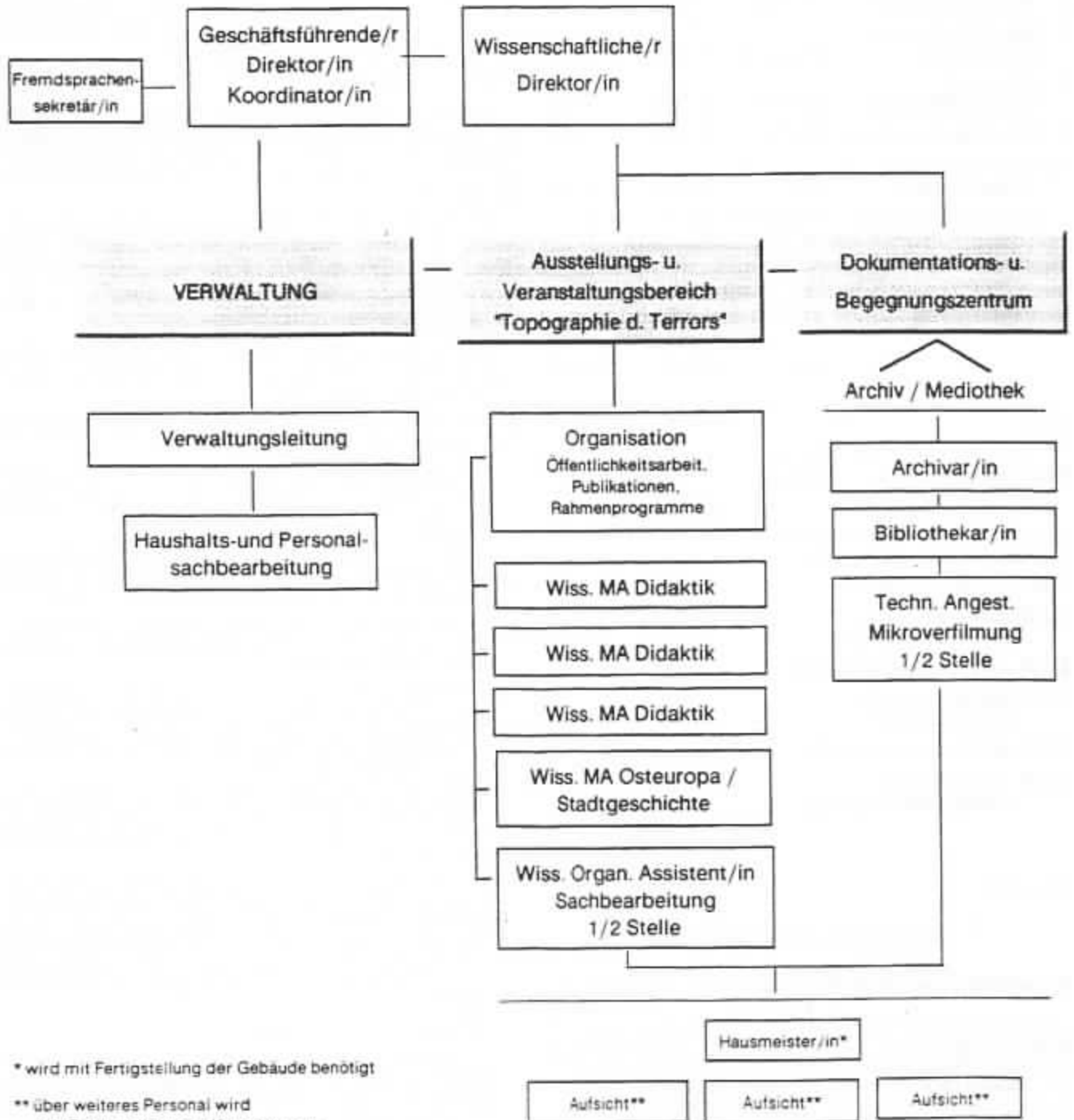
Anlage 4

Übersicht
über den Personalbedarf bei Kapitel 17 99
„Topographie des Terrors - Internationales Dokumentations-
und Begegnungszentrum Berlin“

1. Wissenschaftliche/r Direktor/in
2. Geschäftsführende/r Direktor/in
3. Fremdsprachensekretär/in (Ausstellung)
4. Verwaltungsleiter/in
5. Haushalts- und Personalsachbearbeiter/in
6. Presse und Öffentlichkeitsarbeit
7. bis 10. Wissenschaftliche Mitarbeiter/innen
11. ½ Wissenschaftliche Mitarbeiter/in/Sachbearbeitung
12. Diplombibliothekar/in
13. Archivangestellte/r
14. ½ Technische/r Angestellte/r
15. bis 17. Aufseher/innen
- ab 1995 1 Hausmeister

ORGANIGRAMM

Stiftung "Topographie des Terrors - Internationales Dokumentations- und Begegnungszentrum Berlin"



* wird mit Fertigstellung der Gebäude benötigt

** über weiteres Personal wird
mit Fertigstellung des Komplexes zu
entscheiden sein

425 11

Bezeichnung	Verg.-Gr.	Kosten für	
		1992 lfd (13/13)	1993 lfd (13/13)
für die Stiftung			
1 Wissenschaftl. Direktor/in	SV	36 000	36 000
1 Geschäftsführende/r Direktor/in	I a	100 320	106 040
1 Fremdsprachen-sekretär/in	V c / V b	59 260	62 460
1 Verwaltungsleiter/in	IV a / III	75 300	79 720
1 Haushalts- Personal-sachbearbeiter	V b / IV b	62 340	66 220
1 Presse und Öffentlichkeitsarbeit	II a / I b	87 880	93 120
4 Wiss. Mitarbeiter/innen	II a / I b	351 520	372 480
1/2 Wiss. Assistent/in / Sachbearbeiter/in	IV a	37 650	39 860
1 Diplombibliothekar/in	V b / IV b	62 340	66 220
1 Archivangestellte/r	V b / IV b	62 340	66 220
1/2 Techn. Angestellte/r	IX b / VIII	22 590	23 770
1 Hausmeister/in	X / IX B	ab 1995	
		957 540	1 012 110
	rund	958 000	1 013 000

426 11

Bezeichnung	Lohn.-Gr.	Kosten für	
		1992 lfd (13/13)	1993 lfd (13/13)
3 Aufseher/innen	III rd.	142 000	152 000
Mittel für Aushilfsarbeiter:		34 500	rd. 35 900
412 01 Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige		20 000	20 000
412 10 Aufwendungen für Beiräte		50 000	50 000
427 01 Aufwendungen für freie Mitarbeiter		200 000	200 000
441 00 Beihilfen für Dienstkräfte		100	100
453 00 Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen		100	100

Anlage 5

Begründung des Personalbedarfs**Stiftung „Topographie des Terrors - Internationales Dokumentations- und Begegnungszentrum Berlin“**

Die Ausgaben der Stiftung und deren personalwirtschaftliche Konsequenzen ergeben sich unmittelbar aus dem Bericht der „Fachkommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für die künftige Nutzung des ‚Prinz-Albrecht-Geländes‘ (‚Gestapo-Geländes‘) in Berlin-Kreuzberg“ und dem Statut der Stiftung „Topographie des Terrors - Internationales Dokumentations- und Begegnungszentrum Berlin“, der entsprechend der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und SPD umgesetzt werden soll.

Aufgabe der Stiftung ist es, auf der Grundlage des Abschlußberichtes stufenweise eine Gedenkstätte mit einem wissenschaftlichen Dokumentations- und einem Besucherzentrum sowie mit einer internationalen Begegnungsstätte zu planen und zu errichten. Neben den ständigen Aufgaben der Stiftung sollen laufend Sonderveranstaltungen durchgeführt werden und somit erhebliche Drittmittel zu verwalten sein. Als Beispiel sei hier die Ausstellung „Der Krieg gegen die Sowjetunion“ mit ihren Rahmenveranstaltungen genannt, die in der Zeit vom 15. Juni bis 31. Dezember 1991 durchgeführt wird (Kostenvolumen 1,8 Mio. DM).

Weitere große Ausstellungen sind geplant:

1993 Ausstellung „Das Hausgefängnis“

Frühjahr 1994 Ausstellung „Die deutschen Lager in der Sowjetunion“

8. Mai 1995 große Ausstellung im Martin-Gropius-Bau über dem Umgang mit einem Erbe: „Gedenkstätten und Mahnmale als künstlerische Auseinandersetzung mit dem Holocaust“

1995 Ausstellung „Olympia 1936“.

Daneben wird die Dauerausstellung „Topographie des Terrors“ überarbeitet werden und ein Doppel dieser Ausstellung wird als Wanderausstellung präsentiert. Die nächsten Stationen werden Washington und Italien sein, auch Frankfurt/Oder zeigt sich interessiert.

Das geplante Dokumentations- und Begegnungszentrum, das die im Kommissionsbericht skizzierten Einrichtungen enthält, weist einen beträchtlichen Personen- und Raumbedarf auf. Es sind Historiker, Bibliothekare, Pädagogen, Medienfachleute, Grafiker und nicht wissenschaftliches, technisches Personal erforderlich, dazu Räume für die Sammlungen.

Politisch geboten ist der Fertigstellungstermin zum 8. Mai 1995, also dem 50. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus (Ende des 2. Weltkriegs).

Im Personalplan werden folgende Punkte des Abschlußberichtes berücksichtigt:

- Betreuung der Besucher durch wissenschaftliche und didaktisch ausgebildete Fachkräfte, in Form von Führungen, Diskussionen und Einzelgesprächen, mit und ohne Voranmeldungen;
- Aufbau einer Handbibliothek zur Geschichte des Nationalsozialismus, unter besonderer Berücksichtigung der SS und der Polizei und der von ihnen verübten Verbrechen;
- Aufbau einer Mediothek, in der Tondokumente, Filme und Fotos zur Geschichte des Nationalsozialismus von den Besuchern benutzt werden können;
- Durchführung von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen zur Vertiefung der Fragen, die durch das Gelände, die Ausstellung, die begleitenden Gespräche oder auch die Lektüre von Dokumenten und die Benutzung der Ton- und Bildmedien aufgeworfen werden;
- Beratung und Anleitung aller Schulklassen, Jugendgruppen, Vereine, Bürgerinitiativen usw., die sich aus unterschiedlichen Anlässen mit der Geschichte des Nationalsozialismus beschäftigen;
- Ergänzende Informationen zur Geschichte des Nationalsozialismus in Berlin und zu den Plätzen nationalsozialistischer Verbrechen in Europa. Das Besucherzentrum soll auf diese Weise dazu beitragen, daß das Gelände der SS und Polizeizentralen nicht isoliert betrachtet wird, sondern Anlaß gibt, die Berliner NS-Topographie insgesamt zur Kenntnis zu nehmen;
- Kleinere Wechselausstellungen;
- Erarbeitung einer ergänzenden Dokumentation, die einerseits die Geschichte der NS-Regierungsgebäude an der nördlichen Wilhelmstraße und andererseits, unter den direkten Bezug auf den Dienstsitz Herrmann Görings, die Vorbereitung und Geschichte des Zweiten Weltkriegs dokumentiert;
- Große Sonderausstellungen und Veranstaltungen.

Berücksichtigt man, daß mit der Überarbeitung der laufenden Dauerausstellung und der Konzeption einer neuen, ständigen Präsentation für die Zeit nach Eröffnung des Dokumentationszentrums zwei weitere Projekte zur Bearbeitung ausstehen, sind von den eingeplanten Mitarbeitern innerhalb von vier Jahren vier Forschungsvorhaben zu verwirklichen - womit eine größtmögliche Auslastung erreicht wäre.

Begründung der Anzahl der benötigten Wissenschaftlerstellen

Bislang sind für die „Topographie des Terrors“ drei fest angestellte Wissenschaftler tätig, die jeweils ein eigenständiges und fest umgrenztes Arbeitsgebiet versorgen (Bildarchiv, Textarchiv, Zeitzeugenbefragung) und gemeinsam die pädagogisch, didaktische Betreuung der Besucher wahrnehmen.

Bereits in den vergangenen Monaten ist die Nachfrage nach Führungen erheblich gewachsen: der freie Zugang für Ausstellungsbesucher aus Ost-Berlin und dem Umland erforderte nicht nur mehr, sondern speziell konzipierte pädagogische Ansprache. Infolge des neuen, erweiterten Einzugsgebiets ist mit einer kontinuierlich steigenden Besucherzahl zu rechnen.

Dem immensen Interesse von außen, dem man mit nur drei wissenschaftlichen Kräften kaum mehr gerecht werden kann, will man den bestehenden Standard sorgfältiger und individueller Betreuung bewahren, begegnen die notwendigen Veränderungen und Entwicklungen im Rahmen der Konstituierung der „Topographie des Terrors“ als eigenständige Institution: In den nächsten Jahren wird zusätzlich zur Fortführung der bisherigen Angebote im gesteigerten Umfang die konzeptionelle Planung und Umsetzung der künftigen Gedenkstättenarbeit hinzutreten. Es gilt, die existente Dauerausstellung fortlaufend zu überarbeiten, eine neue ständige Präsentation für die Zeit nach der Eröffnung des Hauses (1995) zu entwerfen und zu realisieren und außerdem mit jährlich einer Sonderausstellung an die Öffentlichkeit zu treten - ein breitgefächertes Tätigkeitsfeld, das mit dem Pensum aus den vergangenen Jahren keinesfalls zu vergleichen ist.

Durch die Öffnung Osteuropas und die Annäherung der politischen Blöcke bietet sich überdies ein neuer geographischer Raum, der in die wissenschaftliche Auswertung integriert werden muß. In Archiven und Museen der ehemaligen Ostblockländer befinden sich zahlreiche Materialien, die dringend in die Konzeption einbezogen werden müssen, da sie völlig neue Erkenntnisse vermitteln können und zu verhindern vermögen, daß eine allzu einseitige westliche Orientierung entstände. Da zahlreiche Dokumente in slawischen Sprachen abgefaßt sind und das Prinzip der Zeitzeugenbefragung auch auf den Raum Osteuropa transportiert werden soll, ist es unabdingbar, für eine effektive Zusammenarbeit mit dieser Region einen zusätzlichen Wissenschaftler einzustellen, der mindestens eine slawische Sprache beherrscht.

Schließlich darf nicht vergessen werden, daß mit der Umwandlung der „Topographie des Terrors“ in eine neue Rechtsform eine Vervielfachung des bisherigen Etats einhergeht einschließlich der Verwaltung von Drittmitteln, wie vorstehend ausgeführt. Diese zusätzlichen Mittel müssen für die Allgemeinheit gewinnbringend eingesetzt werden. Sie verlangen geradezu eine Ausweitung der Forschungstätigkeit, eine noch umfassendere dokumentarische und archivarische Aufarbeitung, vor allem den regen Austausch mit der Öffentlichkeit: Sonderausstellungen, Publikationen und Veranstaltungsreihen. Um vor dieser Herausforderung bestehen zu können, muß die Topographie unbedingt über einen weiteren Wissenschaftler als festen Mitarbeiter verfügen können. Daneben werden, wie nachstehend beschrieben, auch wissenschaftlich - organisatorische Assistenten benötigt.

1. Wissenschaftliche/r Direktorin/Direktor

Wissenschaftliche Planung und Aufbau des Internationalen Dokumentations- und Begegnungszentrums Berlin:

Der/die wissenschaftliche Direktor/Direktorin und der/die geschäftsführende Direktor/Direktorin sind als Einheit zu betrachten, der/die wissenschaftliche Leiter/Leiterin trägt die Gesamtverantwortung für die Stiftung und vertritt diese nach außen.

Wissenschaftliche Leitung der ständigen Ausstellung „Topographie des Terrors“, die fortzuführen und laufend zu ergänzen sein wird, sowie der themenbezogenen Veranstaltungen.

Wissenschaftliche Konzeption für den stufenweisen Aufbau einer Gedenkstätte mit einem wissenschaftlichen Dokumentations- und einem Besucherzentrum sowie einer internationalen Begegnungsstätte.

Der wissenschaftliche Leiter/die wissenschaftliche Leiterin ist Vorgesetzter/Vorgesetzte aller wissenschaftlichen Mitarbeiter im Bereich Veranstaltungen und im Bereich des Dokumentations- und Begegnungszentrums.

Er/sie ist Vorsitzender/Vorsitzende des Arbeitsausschusses, dem sieben bis zehn Sachverständige für die zur Erfüllung des Stiftungszwecks wahrzunehmenden Aufgaben angehören.

Er/sie nimmt an den Sitzungen des Stiftungsrats mit beratender Stimme teil.

Finanzwirksame Maßnahmen bei der Realisierung der künftigen Einrichtungen auf dem Gelände und der Programmgestaltung bedürfen der Genehmigung des geschäftsführenden Direktors/der Direktorin, soweit sie nicht der Genehmigung des Stiftungsrats bedürfen.

Ständige Vertretung des geschäftsführenden Direktors/der Direktorin, mit Ausnahme in finanzrelevanten Angelegenheiten.

Voraussetzungen:

- Promotion auf dem Gebiet der Zeitgeschichte und der neueren Geschichtswissenschaft.
- Langjährige Erfahrung auf dem Gebiet historischer Ausstellungen und themenrelevanter Veranstaltungen.

2. Geschäftsführender Direktor/Direktorin

Der/die geschäftsführende Direktor/Direktorin und der/die wissenschaftliche Direktor/Direktorin sind als Einheit zu betrachten.

Zwar trägt der/die wissenschaftliche Direktor/Direktorin die Gesamtverantwortung für die Stiftung und vertritt sie nach außen; der/die geschäftsführende Direktor/Direktorin muß jedoch die ständige Vertretung des/der wissenschaftlichen Direktors/Direktorin wahrnehmen, weil der/die wissenschaftliche Direktor/Direktorin einerseits die wissenschaftliche Arbeit in Archiven und Gedenkstätten weltweit auch vor Ort betreiben muß und andererseits er/sie wie ein Hochschulprofessor zur Vorbereitung konzeptioneller Ausarbeitungen für Veranstaltungen, Sonderausstellungen und die Neukonzeption der ständigen Ausstellung „Topographie des Terrors“ größere zusammenhängende Zeitschnitte benötigt und deshalb keine kontinuierliche Präsenz gegeben ist.

Dem geschäftsführenden Direktor/der Direktorin obliegt die Leitung aller Bereiche, soweit sie nicht mit Zustimmung der Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten anderen Personen übertragen wurden.

Er/sie leitet verantwortlich zusammen mit dem wissenschaftlichen Direktor/der Direktorin die Bereiche Geschäftsführung/Verwaltung, Technik, Ausstellung, Dokumentations- und Begegnungszentrum inklusive Gästehaus.

Ferner obliegt ihm/ihr die geschäftliche Verantwortung für die Aktivitäten der „Stiftung Topographie des Terrors - Internationales Dokumentations- und Begegnungszentrum Berlin“ zusammen mit dem wissenschaftlichen Direktor/der Direktorin.

Er/sie ist zuständig für die Koordination und Fortschreibung der Veranstaltungskonzepte, für die Verteilung und Überwachung einzelner thematischer Aspekte, für die Koordinierung der Veranstaltungen in technischer, finanzieller und inhaltlicher Hinsicht.

Der geschäftsführende Direktor/die Direktorin führt die Beschlüsse des Stiftungsrats aus, bereitet dessen Sitzungen und die Sitzungen des Arbeitsausschusses und Beirats vor und führt

die Geschäfte der Stiftung. Sie ist verantwortlich für die ordnungsgemäße Haushaltsführung und Erstellung der Jahresabschlüsse. Er/sie nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Stiftungsrats teil.

Der geschäftsführende Direktor/die Direktorin ist verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit im Aus- und Inland (auch Kontakte zu leihgebenden Institutionen und Personen). Zu den Aufgaben gehören auch sämtliche Kontakte mit Senatsverwaltungen, den politischen Gremien, dem Abgeordnetenhaus und seinen Organen, mit gesellschaftlichen Gruppen im In- und Ausland.

Ferner ist er/sie verantwortlich für die inhaltliche Koordination der Ausschreibungen für die Geländegestaltung, später mit dem beauftragten Architekten.

Der geschäftsführende Direktor/die Direktorin ist der Vertreter des wissenschaftlichen Direktor/der Direktorin.

Voraussetzungen und Anforderungen:

Abgeschlossenes einschlägiges Hochschulstudium, Veranstaltungserfahrungen, Ausstellungserfahrungen, Projektleitererfahrungen. Erfahrungen in der Planung und Realisierung und/oder verwaltungskultureller Aktivitäten. Gute Kenntnisse der internationalen Gedenkstätten. Beherrschung mindestens einer Fremdsprache.

3. Fremdsprachensekretär/Fremdsprachensekretärin

Ausstellungssekretariat - Sachbearbeitung

- Führen der fremdsprachlichen Korrespondenz,
- Übersetzungsarbeiten - Englisch - Französisch - Russisch,
- Führung des Ausstellungssekretariats und
- Sekretariat für das Dokumentations- und Begegnungszentrum,
- Organisation des Geschäftsverkehrs und Büroablaufs für den pädagogisch-didaktischen Bereich,
- Kontaktpflege zu nachfragenden Besuchern,
- Abwicklung von organisatorischen und technischen Vorgängen in Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Mitarbeitern des pädagogisch-didaktischen Bereichs.

Voraussetzung und Anforderungen:

Erfahrungen bei der Kooperation an internationalen Projekten, sehr gute Kenntnisse der EDV sowie im Maschinenschreiben. Hohe Belastbarkeit.

Gute Kenntnisse der englischen und französischen Sprache in Wort und Schrift, erwünscht sind Kenntnisse der russischen Sprache.

Verwaltung

4. Verwaltungsleiter/Verwaltungsleiterin

Bearbeitung aller Fragen von grundsätzlicher Bedeutung im administrativen, personellen und finanziellen Bereich.

Sie/er bereitet die Verhandlungen mit den zuständigen Stellen der Senatsverwaltungen über finanzielle und personalwirtschaftliche Fragen für die Geschäftsführung vor.

- Aufstellung der Wirtschaftspläne und Überwachung des Etats

Der Verwaltungsleiter/die Verwaltungsleiterin vertritt den/die geschäftsführenden Direktor/geschäftsführende Direktorin in Finanzangelegenheiten.

Er/sie erstellt Unterlagen für die Geschäftsführung und für die Stiftungsratsitzungen.

- Ausarbeitung und Erstellen von Verträgen.

Vertreter:

- Unmittelbarer Vorgesetzter
- Geschäftsführung

Voraussetzungen:

Abgeschlossene kaufmännische Ausbildung und/oder Ausbildung als Diplomverwaltungswirt/Diplomverwaltungswirtin. Langjährige einschlägige Berufserfahrung in der Verwaltung.

5. Haushalts- und Personalsachbearbeitung

- Bearbeitung der Reisekostenabrechnungen,
- Mitarbeit bei der Erstellung des Jahresabschlusses,
- Hotelreservierungen,
- Reiseplanungen und
- Organisation für Gäste, Künstler,
- Führung und Kontrolle der Handkasse,
- Auszahlung von Tagegeldern,
- Überwachung und Bestellung des Büromaterials,
- Mitarbeit bei der Durchführung der Veranstaltungen
- insbesondere Einholung von Genehmigungen für die Veranstaltung bei Bezirksämtern, Polizei usw.
- Reservierung und Überwachung der Mittel für die einzelnen Veranstaltungen,
- Erfassung der Aufträge und Rechnungen,
- Führen der Haushaltsüberwachungsliste,
- Kontierung,
- Aufstellung der monatlichen Haushaltsübersicht,
- Abrechnung der täglichen Kasseneinnahmen,
- Arbeitsplatzgestaltung,
- Bürotechnik,
- Beschaffungsangelegenheiten.

Voraussetzungen

Abgeschlossene kaufmännische Ausbildung und langjährige einschlägige Berufserfahrung.

Personalaktenführung einschließlich Fertigen von Berechnungs- und Anweisungsaufträgen.

Berechnung von Dienst- und Beschäftigungszeiten.

Überwachen des Bewährungsaufstiegs und Eriedigung aller mit der Personalaktenführung verbundenen Aufgaben.

Überwachung der An- und Abwesenheit der Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen.

Berechnung von Vergütungen von Festangestellten und Aushilfen

- Führen der Stellenkartei
- Kontakte zum Landesverwaltungsamt zwecks Berechnung und Zahlbarmachung der Bezüge
- selbständige Bearbeitung der gesamten Buchführung per EDV einschließlich der Überwachung der Einhaltung des Wirtschaftsplans und des Auftragswesens.

Voraussetzungen:

Abgeschlossene kaufmännische Ausbildung oder Ausbildung als Diplomverwaltungswirt/Diplomverwaltungswirtin. Einschlägige langjährige Berufserfahrungen.

6. Öffentlichkeitsarbeit

Referent/Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

1. Allgemeines:

Eigenverantwortliche Detailkonzipierung der für die Ausstellung und sonstigen Veranstaltungen erforderlichen Medien.

2. Konkrete Aufgaben (soweit nicht in 1. enthalten):
 Konzeption und Realisation der Öffentlichkeitsarbeit,
 Redaktionelle Verantwortung für die ergänzenden pädagogisch-didaktischen Medien,
 Informationen der Berliner, überregionalen und internationalen Presse,
 Verfassung von Presstexten, Katalogpublikationen,
 Konzeption und Redaktion der Veranstaltungsinformationen,
 Koordination der Öffentlichkeitsarbeit mit anderen einschlägigen Einrichtungen,
 Koordination von Interviewterminen,
 Kontaktpflege zu Journalisten,
 Betreuung der Journalisten bei Veranstaltungen.
3. Besondere Schwierigkeiten und Anforderungen:
 Einschlägige Erfahrung mit der öffentlichkeitswirksamen Umsetzung von komplexen Sachverhalten.
 Vertretung: Geschäftsführender Direktor/Direktorin

Voraussetzungen:

Abgeschlossenes Hochschulstudium, erwünscht sind Germanistik und Politologie.

Langjährige einschlägige Berufserfahrung.

Kenntnisse der Medienszene.

Sehr gute Fremdsprachenkenntnisse von mindestens zwei Fremdsprachen (englisch/französisch), russisch ist erwünscht.

7. Wissenschaftliche Mitarbeiterin/Mitarbeiter

1. Allgemeines:
 Eigenverantwortliche pädagogisch-didaktische Betreuung von Besuchergruppen und Einzelbesuchern sowie konzeptionelle wissenschaftliche Weiterentwicklung der Dauerausstellung und der anderen Angebote des Dokumentationszentrums.
2. Konkrete Aufgaben (soweit nicht in 1. enthalten):
 Betreuung des Textarchivs,
 insbesondere wissenschaftliche Aufbereitung von aufgabenrelevanten Textsammlungen.
 Bearbeitung von Tagebüchern und Briefen, die Zeitzeugen hinterließen.
 Aufbereitung der Materialien in Form von dazu geeigneten Publikationen und Medien.
 Pflege der Kontakte zu westeuropäischen und deutschen Gedenkstätten.
3. Besondere Schwierigkeiten und Anforderungen:
 Politisch-historische Einordnung der aktuellen Diskussionen über den Umgang mit dem NS-Erbe.
 Mitarbeit bei der Information wichtiger in- und auswärtiger Journalisten.

Voraussetzungen:

Abgeschlossenes Studium der Geschichtswissenschaft/Zeitgeschichte.

Pädagogisch-didaktische Erfahrungen,

Vertrautheit mit dem Visualisierungsprozeß bei der Produktion von Ausstellungen.

8. Wissenschaftlicher Mitarbeiter/Mitarbeiterin

1. Allgemeines
 Eigenverantwortliche pädagogisch-didaktische Betreuung von Besuchergruppen und Einzelbesuchern sowie konzeptionelle wissenschaftliche Weiterentwicklung der Dauerausstellung und der anderen Angebote des Dokumentationszentrums.
2. Konkrete Aufgaben (soweit nicht in 1. enthalten):
 Betreuung des Bildarchivs, insbesondere wissenschaftliche Aufbereitung von aufgabenrelevanten Bildsammlungen und Photosammlungen aus Privatbesitz.
 Bearbeitung des Materials in Form von dazu geeigneten Publikationen und Medien.
3. Besondere Schwierigkeiten und Anforderungen:
 Politisch-historische Einordnung der aktuellen Diskussion über den Umgang mit dem NS-Erbe.
 Mitarbeit bei der Information wichtiger in- und auswärtiger Journalisten.

Voraussetzungen:

Abgeschlossenes Hochschulstudium der Geschichtswissenschaft/Zeitgeschichte.

Pädagogisch-didaktische Erfahrungen,

Vertrautheit mit den Visualisierungsprozessen der Produktion von Ausstellungen.

9. Wissenschaftlicher Mitarbeiter/Mitarbeiterin

1. Allgemeines:
 Eigenverantwortlich pädagogisch-didaktische Betreuung von Besuchergruppen und Einzelbesuchern sowie konzeptionelle wissenschaftliche Weiterentwicklung der Dauerausstellung und der anderen Angebote des Dokumentationszentrums.
2. Konkrete Aufgaben (soweit nicht in 1. enthalten):
 Betreuung von Zeitzeugen,
 Dokumentation ihrer Aussagen und wissenschaftliche Aufbereitung als „oral/history“.
 Bearbeitung des Materials in Form von dazu geeigneten Publikationen und Medien.
3. Besondere Schwierigkeiten und Anforderungen:
 Politisch-historische Einordnung der aktuellen Diskussion über den Umgang mit dem NS-Erbe.
 Taktvolles Einfühlungsvermögen in die psychische Empfindlichkeit von Zeitzeugen.

Voraussetzungen:

Abgeschlossenes Studium der Geschichtswissenschaft/Zeitgeschichte.

Pädagogisch-didaktische Erfahrungen,

Vertrautheit mit den Visualisierungsprozessen der Produktion von Ausstellungen.

10. Wissenschaftlicher Mitarbeiter/Mitarbeiterin

1. Allgemeines:
 Eigenverantwortliche pädagogisch-didaktische Betreuung von Besuchergruppen und Einzelbesuchern sowie konzeptionelle wissenschaftliche Weiterentwicklung der Dauerausstellung und der anderen Angebote des Dokumentationszentrums.

- 2. Konkrete Aufgaben (soweit nicht in 1. enthalten):
 Betreuung der Besucher aus dem osteuropäischen Sprachraum.
 Wissenschaftliche Bearbeitung des Raumes Osteuropa:
 - jetzt vermehrt zugängliche Quellen sollen aufbereitet werden,
 - Erschließung von osteuropäischen Archiven,
 - Zeitzeugenbefragung in Osteuropa,
 - Rezeption der ost-europäischen Forschungsdiskussion (Zeitschriften, Publikationen),
 - Kontakte zu osteuropäischen Mahn- und Gedenkstätten.
- 3. Besondere Schwierigkeiten und Anforderungen:
 Mitarbeit bei der Information wichtiger Multiplikatoren der ehemaligen Ostblockstaaten durch Vorträge bzw. eigenverantwortliche Einzelgespräche.

Voraussetzungen:

Abgeschlossenes Studium der Geschichtswissenschaften/Zeitgeschichte oder Slawistik.
Kenntnis einer osteuropäischen Sprache, möglichst Russisch.

11. Wissenschaftliche Assistentinnen für den Ausstellungs- und Veranstaltungsbereich/Sachbearbeitung 1/2 Stelle

- 1. Allgemeines:
 - Wissenschaftliche und technische Bearbeitung von Texten,
 - Kompletieren von Fußnoten,
 - Beibringung von bibliographischen Informationen,
 - Prüfung, Bearbeitung von urheberrechtlichen Konsequenzen,
 - Organisation und Abwicklung des Leihverkehrs, z. B. Bildarchive usw.,
 - Führung der Kostenstellenpläne bei Veranstaltungen.

Voraussetzungen:

Geisteswissenschaftliches Studium,
langjährige Veranstaltungs- und Ausstellungserfahrungen,
umfassender Überblick über bestehende und entstehende Archive im In- und Ausland,
Fremdsprachenkenntnisse -
Englisch, Französisch, Russisch erwünscht.

12. Diplombibliothekarin/Bibliothekar

- 1. Allgemeines:
 Aufbau und Führung einer Benutzer-Bibliothek/Mediothek. In der ersten Aufbaustufe werden ca. 25 000 Medieneinheiten erworben. Davon Benutzer-Bibliothek 8 bis 12 000 Bände, Mediothek ca. 13 000 Medieneinheiten Tonträger, Videobänder, Zeitschriften der regionalen, überregionalen und internationalen Presse.
- 2. Konkrete Aufgaben (soweit nicht in 1. enthalten):
 Technische Konzeption und Realisierung der Benutzer-Bibliothek,
 Erarbeitung eines EDV-Programmes zur Verwaltung der Medien,

Verwaltung aller die Bibliothek betreffenden Geschäftsvorgänge (Leihverkehr),
Buchbestellungen,
inhaltlicher Aufbau des Bestandes etc.,
Beratung der Benutzer.

Voraussetzungen:

Diplombibliothekarin/Bibliothekarin,
Erfahrungen bezüglich des Aufbaus und der Gestaltung einer Benutzer-Bibliothek,
Kenntnisse der englischen und russischen Sprache.

13. Archivar/Archivarin

- 1. Allgemeines:
 Aufbau und Einrichtung einer zentralen Dokumentationsstelle auf Mikrofilmbasis, die die in den verschiedenen in- und ausländischen Archiven und Sammlungen vorhandenen Dokumente zur Geschichte des nationalsozialistischen Terrorapparates und der von ihm verübten Verbrechen konzentriert und für die Benutzung aufbereitet. In der ersten Aufbaustufe werden ca. 20 000 Mikrofilme entstehen.
- 2. Konkrete Aufgaben:
 Die zersplitterten und an viele Orte verstreuten Dokumente zur Geschichte der SS, der Gestapo, des SD, des Reichssicherheitshauptamtes usw. sind zentral zu erfassen und auf Mikrofilmen für die wissenschaftliche Benutzung zugänglich zu machen.
 Zusammenarbeit mit Archiven und Sammlungen.
 Kooperation mit anderen vergleichbaren Einrichtungen, wie z. B. mit dem sich im Aufbau befindlichen Holocaust Memorial Museum in Washington.

Voraussetzungen:

Abgeschlossenes Hochschulstudium zum Diplomarchivar/Archivarin.

14. Technischer Angestellter/Angestellte 1/2 Stelle

Mitarbeit beim Aufbau und der Einrichtung einer zentralen Dokumentationsstelle auf Mikrofilmbasis.

Konkrete Aufgaben:
Verfilmung von Dokumenten zur Geschichte der SS; der Gestapo, des SD, des Reichssicherheitshauptamtes und sonstigen Dokumenten.

15.

16.

17. Aufseher/Aufseherin

Das Gelände ist von morgens 10 bis 19 Uhr (außer Montag) geöffnet, was bedeutet, daß das Gelände im Schichtdienst betreut werden muß.

Die Aufseher/Aufseherinnen sollen auch zum Verkauf der Dokumentation an der Kasse der ständigen Ausstellung eingesetzt werden.

Voraussetzungen:

Grundsätzliche pädagogische Fähigkeiten, Aufgeschlossenheit dem Thema gegenüber,
Einfühlungsvermögen in die psychische Befindlichkeit der in- und ausländischen Besuchergruppen.

Herrn
Dr.Theo Waigel
Bundesminister der Finanzen

Postfach 1318
W 5300 Bonn 1

6. April 1992

Offener Brief

Betr.: Entschädigung von in der DDR enteigneten
Kriegsverbrechern

Sehr geehrter Herr Minister,

laut Pressemeldungen der letzten Tage wird in Ihrem Hause ein Gesetz erarbeitet, das für die in der DDR erfolgte Enteignung des Vermögens von Kriegsverbrechern Entschädigung vorsieht.

Nach unserer Kenntnis bedeutet die mißverständliche Bezeichnung "Kriegsverbrecher", daß die so bezeichneten Personen an Massenmord-Aktionen gegen Zivilisten beteiligt waren, vor allem am Völkermord an den europäischen Juden.

Solange Millionen von Verfolgten wie die ausländischen Zwangsarbeiter und viele andere "vergessene" Opfer keine Entschädigung für die an ihnen begangenen Verbrechen erhalten haben, kann es wohl nicht Aufgabe der Bundesregierung sein, die Täter für ihre Vermögensverluste in der DDR zu entschädigen.

Bei der neuen gesetzlichen Regelung für die Renten der NS-Verfolgten in den neuen Bundesländern soll denjenigen, die sich in der DDR gegen die Menschlichkeit vergangen oder ihre Stellung in schwerwiegendem Maße zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer mißbraucht haben, die Rente aberkannt werden. Es erstaunt uns, daß eine solche Einschränkung bei Verfolgten des Naziregimes möglich ist, nicht aber bei in der DDR Enteigneten, so daß jetzt sogar an NS-Verbrechen Beteiligte Entschädigung erhalten sollen.

Der Eindruck, hier werde mit zweierlei Maß gemessen, drängt sich auf: Menschenrechtsverletzungen in der DDR wiegen schwerer als Menschenrechtsverletzungen in der NS-Zeit. Hat die Bundesrepublik Deutschland zur Zeit keine dringenderen Sorgen - politisch wie auch finanziell - als ausgerechnet die Entschädigung von NS-Verbrechern?

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

Christiane Hoss, Geschäftsführerin

Erst enteignet – dann hofiert

Is „Kriegsverbrecher“ verloren vor 1949 viele ohne Schuldnachweis den Besitz

von unserem Redaktionsmitglied
Sabine Deckwerth

9000 Industrieunternehmen wurden Volkseigentum

Theo Ernst war nur ein Kleiner unter vielen Großen, die die Enteignungswelle im Ostsektor traf. Die Chancen, die Grundstücke zurückzubekommen, stehen für sie alle gleichermaßen schlecht. Enteignungen in der sowjetischen Besatzungszone werden nicht angetastet, so schreibt es der Einigungsvertrag vor, bestätigte im letzten Jahr das Karlsruher Verfassungsgericht. Hingegen plant die Bundesregierung ein Entschädigungsgesetz, das für die zwischen 1945 und 1949 Enteigneten einen finanziellen Ausgleich vorsieht. Im Gespräch sind Summen in Höhe des 1,3fachen des Einheitswertes von 1935, was etwa 20 bis 25 Prozent des heutigen Verkehrswertes entspricht. Von vermögensrechtlichen Ansprüchen sollen, so plant nach Protesten jetzt Finanzminister Theo Waigel, jene ausgeschlossen bleiben, die der Nazi-Diktatur oder dem SED-Regime erheblich Vorschub geleistet, gröblich gegen Grundsätze der Menschlichkeit und der Rechtsstaatlichkeit verstoßen haben oder ihre Position in schwerwiegendem Maße zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer mißbraucht haben.

Neben rund 3,3 Millionen Hektar Land im Zuge der Bodenreform wurden rund 9000 Industrieunternehmen, Banken und Versicherungen vor 1949 entschädigungslos enteignet. Darunter das Vermögen solcher Konzerne wie AEG und Siemens, Borsig, Flick, Krupp, Thyssen, IG-Farben und Mannesmann. Auch unter den mittleren und kleineren Unternehmen waren keineswegs nur Unschuldige. In einer Zuckerraffinerie wurden beispielsweise Giftgasstoffe für Konzentrationslager erzeugt, ein Produzent künstlicher Nahrungsmittel und eine Schuhfabrik testeten ihre Produkte an KZ-Häftlingen. Viele der einst Enteigneten werden heute geltend machen, daß der alte Besitz lediglich stalinistischer Willkür zum Opfer fiel. Das Gegenteil zu beweisen dürfte nach über 40 Jahren DDR und Rechtswillkür ein wenig aussichtsreiches Unterfangen werden.

Entlastungszeugen wurden nicht geladen

Mit dem Befehl Nr. 124 wurde zum Ausdruck gebracht, daß bei den Enteignungsaktionen nicht willkürlich vorgegangen werden soll. Eigens dazu erlassene Richtlinien erlaubten eine nahezu eindeutige Bewertung. Sie waren durchaus brauchbar, die Enteignungen auf eine rechtlich vertretbare Grundlage zu stellen. So wurde festgeschrieben, daß als „Kriegsinteressenten“ nur die „üblen, typischen Kriegsgewinnler“ angesehen werden dürften, bei denen ein „sittlich minderwertiges Verhalten wie Profitgier“ vorgelegen haben mußte. Ausdrücklich wurde daraufhingewiesen, daß jener, der im Krieg mit Gewinn gearbeitet hat, kein (!) Kriegsinteressent oder Kriegsgewinnler sei. Jeder Betrieb, der im Kriege mit Verlust gearbeitet hätte, so wurde eigens unterstrichen, wäre zwangsweise von den Nazis geschlossen worden. „Ausführung von Rüstungsaufträgen infolge behördlicher Auflage“ sei nicht (!) Bemühung im besonderen Maße.

In der Praxis allerdings spielten diese Richtlinien keine Rolle. Sie wurden im Osten kaum in der Öffentlichkeit bekannt. Selbst behördliche Stellen, die mit der Durchführung des Volksentscheides in Sachsen betraut waren, kannten die Kommentierung nicht. Die von der Enteignungsbehörde erhobenen Vorwürfe wurden den Betroffenen nicht mitgeteilt und lediglich auf den Befehl 124 verwiesen. Belastungsmaterial wurde vorenthalten, Entlastungszeugen nicht geladen, Rehabilitierungsbescheide von Betroffenen nicht akzeptiert. Mit ihrer Auffassung von Recht und Gesetz haben somit die Herrschenden in Ostdeutschland selbst den Weg dafür geebnet, daß eine Differenzierung wohl in den wenigsten Fällen gelingen wird.

19

Berlin, den 07.04.1992

Sehr geehrter Herr Nowotny!

Mit Verwunderung mußten wir am Sonntag, den 05. April 1992 zur Kenntnis nehmen, daß die ARD, in diesem Fall der SDR in Stuttgart und der NDR in Kiel, den Bundesvorsitzenden der rechtsradikalen Republikaner, Herrn Schönhuber, und der rechtsextremen DVU, Herrn Frey, die Möglichkeit bietet, zur besten Sendezeit (18.45 Uhr) ihre Parolen unter das Fernsehpublikum zu bringen.

Es versteht sich von selbst, daß alle Parteien, die in Parlamente ziehen, die Möglichkeit bekommen sollen, sich vor den Kameras zu äußern. Dennoch halten wir es für absolut unangebracht, diesen demagogisch zweifellos geschickt agierenden Herren ein Forum zu bieten, nur weil sich die etablierten Parteien zu diesem Zeitpunkt verständlicherweise mit Kommentaren noch zurückhalten wollen und ansonsten keine Interviewpartner zur Verfügung stehen.

Nach der Landtagswahl in Bremen konnte Herr Frey noch auf beiden öffentlich-rechtlichen Kanälen sprechen; diesmal war unseres Wissens nur die ARD bereit, ihm den längsten Redebeitrag (!) bis zur "Bonner Runde" zu ermöglichen.

Wir möchten Sie deshalb bitten, in Zukunft darauf hinzuwirken, daß bei solchen Anlässen nur die jeweils konkret Verantwortlichen der Parteien (z.B. Landesvorsitzende oder Spitzenkandidaten) sprechen dürfen.

Wir vermuten, daß die freiwillige Nicht-Beteiligung der DVU in der Kieler Runde in N3 im Anschluß an die Tagesschau auch darauf zurückzuführen ist, daß Herr Frey seinen Epigonen keine eigene Auftritte gestattet oder zutraut. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen sollte jedenfalls nicht die Bühne sein, die den genannten Herren in regelmäßigen Abstand ermöglicht, sich selbst zu produzieren und die strukturelle Unfähigkeit ihrer Parteien bzw. Mitstreiter zu kaschieren.

Mit freundlichen Grüßen

(Martin Becher)

Gleichlautende Briefe gehen an den ProgrDir, Herrn Schwarzkopf, und an den Koord. f. Pol., Ges. und Kult., Herrn Schulze.

Das "Neue Deutschland" hat bisher die Ausstellung "Mit der Geschichte leben - ein antifaschistisches Traditionskabinett aus dem Jahre 1986 wird kommentiert" im Berliner Thälmann-Park kaum zur Kenntnis genommen. Nun hat Michael Venedey, in der Wochenausgabe am 29.2./1.3.1992 die Gelegenheit ergriffen, um den Kommentaren seine Sicht entgegenzusetzen. Seine Argumentation - von der Sorge vor der Übernahme antikommunistischer Geschichtsklitterungen diktiert - gerät in eine für mich schiefe Lage.

Er bemängelt nicht die ursprüngliche Präsentation im "Traditionskabinett des antifaschistischen Widerstandes des Stadtbezirkes Prenzlauer Berg", sondern den kritischen Umgang mit ihr. Die 1986 eröffnete Exposition mit dem damals herrschenden Selbstverständnis ist eine der wenigen aus den Zeiten der DDR erhalten gebliebenen antifaschistischen Ausstellungen, die nicht gewendet oder einfach abgeräumt wurden. Das Bezirksamt Prenzlauer Berg entschied, sie als Dokument der Selbstdarstellung von Antifaschismus in der DDR in ihrem fast ursprünglichen Zustand zu belassen und sie zur Diskussion zu stellen. Historiker aus Ost und West haben nach auseinandergelassenen Diskussionen ihre Fragen, Anmerkungen, Hinweise und Ergänzungen auf gelben Karten vor den Exponaten der alten Ausstellungen angebracht. Diese Art der Darstellung zeigt bereits das Provisorische, das Unvollkommene ihrer Arbeit an. Es ist eine kritische, mehr behutsame als verurteilende Auseinandersetzung mit dem im "Traditionskabinett" vermittelten DDR-Geschichtsbild, dem Geflecht von Wahrheit und Lüge, von Authentizität und Legende.

Das Gästebuch, die Veröffentlichungen und Diskussionen zu den begleitenden Veranstaltungen, daß die Ausstellung zum Weiterdenken anregt und Fragen der Besucher provoziert.

Auch ich habe zu einigen Darstellungen eine andere Meinung. Mir fällt der selbstkritische Umgang mit Geschichte, mit der ich aufgewachsen und verbunden bin, nicht leicht. Vor einigen Jahren habe ich hin und wieder junge Leute durch die Ausstellung im Thälmann-Park begleitet und habe versucht, ihnen Widerstand und den antifaschistischen Charakter der DDR nahezubringen. Ich mußte nach dem Herbst 1989 erkennen, daß diese Art von Vermittlung antifaschistischer Traditionen auf Grundlage einer oftmals verzerrenden historischen Optik und der einhergehenden Ritualisierung den Antifaschismus in seiner Substanz schließlich ausgehöhlt, diskreditiert und deformiert hat.

An dem Artikel von Michael Venedey erschreckte mich, daß er bereits den Versuch eines kritischen Umgangs mit der eigenen Geschichte als "stetig abverlangte Nabelschau" verurteilte.

Ein Befragen und eine Aufarbeitung des praktizierten Antifaschismus erscheint mir weiterhin dringend geboten. Die antifaschistische Alternative eines anderen Deutschlands mit basisdemokratischen und antimilitaristischen Ansätzen fand in der DDR keine Ausprägung, obwohl sich viele Menschen für diesen Gegenentwurf einsetzten. Der Antifaschismus war Staatsdoktrin der DDR und diente der Legitimation von Herrschaft. Der ursprüngliche Inhalt des Humanismus und der Toleranz, des ehrlichen Miteinanders, der menschlichen Nähe bei unterschiedlichen weltanschaulichen und politischen Positionen ging mehr und mehr verloren. Andersdenkende wurden oftmals mit der Begründung, sie gefährden die antifaschistisch legitimierte Macht, ausgegrenzt. In Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte, die zu Auschwitz führte, blieb für viele ältere und jüngere DDR-Bürger der Antifaschismus jedoch ein wichtiger Wertemaßstab, an dessen humanistischen Gehalt sie sich auch heute orientieren.

Die Kommentierung des Traditionskabinetts ist unterschiedlich geraten. Der antifaschistische Gehalt und das Andenken an die Frauen und Männer im Widerstand werden jedoch weder demontiert noch ausgelöscht, aber der bis zum Herbst 1989 gepflegte Umgang mit ihnen wird in Frage gestellt. Wenn der Antifaschismus eine Perspektive in Deutschland und der Welt haben soll, müssen wir uns diesen Fragen stellen, sie weiter erörtern und dürfen nicht den Anstoß für eine notwendige Diskussion bereits als Mittel der psychologischen Kriegsführung im Auftrag der heutigen Sieger denunzieren.

Viel wichtiger wäre, daß aus kontroversen Diskussionen neue Ideen zum Umgang mit dem antifaschistischen Widerstand in unserer Zeit entstehen.

Die gegenwärtige Ausstellung ist noch bis zum 26. April von Montag bis Donnerstag von 8 bis 17 Uhr und am Dienstag von 8 bis 19 Uhr zu sehen. (ist verlängert! (H.))

Am 6. April um 19.00 findet im "Traditionskabinett" eine weitere öffentliche Diskussion statt. Außerdem wird das Buch zur Ausstellung vorgestellt.

Hans Coppi

Redliches Interesse allein genügt nicht

Ausstellung zur Vergangenheitsbewältigung in der DDR-Geschichtsschreibung

Von Petra Kohse

Einer der kleinen Ausstellungsräume der Museumswerkstatt im Ost-Berliner Thälmannpark ist zum Bersten voll. Vornehmlich ältere Menschen sind gekommen, die einen persönlichen Bezug zu dem haben, was in der Schau zu sehen ist: Dokumente des antifaschistischen Widerstands. Gesammelt und mit Texten versehen 1986 - noch unter der DDR-Regierung.

„Traditionskabinette“ nannte man solche Gedenkstätten, ihr Besuch gehörte zum Pflichtprogramm für Schul- und Jugendgruppen. Nach der Wende wurden fast alle rasch

geschlossen. Das Aktive Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. und das Kulturamt Prenzlauer Berg machte die Original-Ausstellung der Öffentlichkeit im vergangenen Herbst wieder zugänglich - allerdings wurden fast alle Texttafeln mit Kommentaren versehen, die auf die Einseitigkeit des hier vermittelten Geschichtsverständnisses hinweisen.

„Mit dem Verschwinden des Sozialismus ist ein bisher festgefügtes Geschichtsbild ins Wanken geraten. Wir müssen sehen, was daran bewahrenswert ist“, sagt die Historikerin und Ausstellungsmacherin Annette Leo, die am 6. April vor die Versammelten trat, um ihnen einen Essayband vorzustellen, der die kontrovers diskutierten Kommentare ausführlich erläutert. Als nicht bewahrenswert gilt unter anderem die Darstellung, daß Widerstand nur im Rahmen der Kommunistischen Partei stattgefunden habe. Dadurch werde „die Geschichte des Widerstands gegen den Nationalsozialismus verengt“ und zwar auf eine einzige Traditionslinie, die den Machtanspruch der SED legitimiere. So heißt es im Ausstellungsbuch „Mythos Antifaschismus“.

Zweifelhaft ist vor allem der mit „Widerstand bis zum Tod“ überschriebene Ausstellungsraum. Es ist der einzige, in dem Leiden und Sterben der Juden überhaupt erwähnt werden. Allerdings suggerieren der Titel und die Original-Begleittexte, daß es sich bei den gezeigten Opfern um Widerständler handelte, die infolge des „Klassenkampfes“ in Vernichtungslagern den Tod fanden. Die Vergangen-

heit konnte als bewältigt angesehen werden, weil der Kommunismus den Faschismus abgelöst habe. Hatte man den puren Antisemitismus ignoriert, um sich vor der Frage zu drücken, wie denn dieser bewältigt wurde? Darüber schweigen die DDR-Texte. Nicht aber die Kommentare, die sich auch in anderen Fällen als modellhafter Versuch einer kritisch-konstruktiven Geschichtsdokumentation erweisen.

Das wird von dem Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, dessen Mitglieder zahlreiche Buchvorstellungen erschienen sind, anders gesehen. Nach den Worten ihres Vorsitzenden Volkmar Harnisch empfinden sie die Kommentierung als Affront „gegen alle, die in der ehemaligen DDR gelebt haben und an redlicher Aufarbeitung interessiert sind“. Aber vielleicht genügt redliches Interesse allein noch nicht, um herauszufinden, ob sich ideologische Elemente jener Zeit trotz des Herrschaftswechsels in den Köpfen der Deutschen erhalten haben.

Die Texte in „Mythos Antifaschismus“ stellen nicht nur redliche, sondern bohrende Fragen an die Geschichtsschreibung. Sie wollen herausfinden, was war. Und das ist sicher ein guter Weg, um die Vergangeheit nicht nur als bewältigt abzuhaken, sondern daraus zu lernen.

Buch zur Ausstellung „Mythos Antifaschismus“. Christoph Links Verlag, 14,80 DM.

Berlin, 1. April 1992

Der Verein zur Förderung gesellschaftskritischer Sozialwissenschaft kann ca.
fünf
Stipendien für arbeitslose SozialwissenschaftlerInnen
 vergeben

Förderzeitraum: 3 bis 12 Monate**Stipendium:** max. 1.200 DM/Monat**Förderzweck:** Unterstützung von arbeitslosen SozialwissenschaftlerInnen zur Entwicklung beruflicher Perspektiven in Form der Ausarbeitung von Projektanträgen, Durchführung von Vorstudien, Abschluß von begonnenen wissenschaftlichen Arbeiten etc.**Antragsberechtigt:** SozialwissenschaftlerInnen ohne bezahlte Arbeit, keine Studenten**Antragsweg:** Einreichung eines formlosen Antrages von ca. 3-8 Seiten, aus dem Fragestellungen des Vorhabens, Arbeitsschritte, die weiteren Perspektiven sowie gewünschte Stipendiendauer hervorgehen.**Abgabetermin:** Zusendung bis 1. Juni 1992 an obige Adresse**Erläuterung:**

Der Verein ist 1976 vor allem von SozialwissenschaftlerInnen des Fachbereiches Politische Wissenschaft der FU Berlin gegründet worden. Er hat heute knapp 40 zahlende Mitglieder, die im sozialwissenschaftlichen Bereich und im Bildungsbereich tätig sind.

Der ursprüngliche Gründungszweck war die Unterstützung von Betroffenen des Radikalenerlasses. Seit den achtziger Jahren können arbeitslose SozialwissenschaftlerInnen allgemein Stipendien erhalten. Wir wollen mit dem Verein dazu beitragen, daß KollegInnen, die keinen Arbeitsplatz finden oder aus Existenzgründen fachunspezifische Tätigkeiten verrichten müssen, durch eine Unterstützung zum Lebensunterhalt die Möglichkeit haben, geplante wissenschaftliche Vorhaben anzugehen oder begonnene Arbeiten abzuschließen. Eigenständige Projekte können wir in der Regel aufgrund unserer geringen finanziellen Mittel nur selten fördern, die Ausarbeitung von Projektanträgen etc. dagegen schon. Dabei werden besonders solche Vorhaben unterstützt, die durch ihre Fragestellung in der Forschung vernachlässigte Bereiche auffüllen und zur Weiterentwicklung einer gesellschaftskritischen Sozialwissenschaft beitragen. Der Verein will insbesondere auch Arbeiten im Bereich der Frauenforschung sowie von ausländischen WissenschaftlerInnen fördern.

Zugleich hoffen wir mit dieser Anzeige auch Menschen anzusprechen, die nach Möglichkeiten für ein sinnvolles Engagement in einem solidarischen Rahmen als **UnterstützerInnen** suchen. Der Verein ist parteiunabhängig, finanziert sich ausschließlich aus den Beiträgen und Spenden der MitgliederInnen und ist basisdemokratisch organisiert. Zu den Sitzungen, ca. drei jährlich, werden alle Mitglieder eingeladen, die gemeinsam über Fördermaßnahmen entscheiden. Die Mitarbeit im Vorstand ist ehrenamtlich, sämtliche Einnahmen werden in vollem Umfang für Stipendien verwendet. Die Beitragshöhe wird von den Mitgliedern individuell selbst festgelegt und liegt z.Zt. zwischen 25 DM und 150 DM monatlich. Der Verein ist als gemeinnützig anerkannt, Beiträge und Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Wir würden uns über weitere Mitglieder sehr freuen. Ausführliche Informationen sind unter der obigen Anschrift zu erhalten.

Veranstaltungshinweise

4. Mai **Fernsehfilm** über das Gestapogelände
20.45 SFB, 3. Programm
.....
7. Mai **Vortrags- und Diskussionsveranstaltung** zum
Tag der Befreiung vom Faschismus. Mit Kurt
Pätzold/Berlin, Winfried Garscha/Wien,
Unabhängige Antifa/Berlin, Paul Kohl/Berlin.
18.00 Uhr, Audi-Max der TU
Str.des 17. Juni 135 (U-Bahn Ernst-Reuter-Pl.)
.....
8. Mai **Veranstaltung des Aktiven Museums**
"Aktives Gedenken statt großdeutscher Gedanken"
Treffpunkt: Stresemannstr./Askanischer Platz
(S-Bahn und Bus Anhalter Bahnhof)
Einladung und ausführlichere Bekanntmachung
an Mitglieder, Freunde und Presse folgt nächste
Woche
.....
- 9.Mai **Demonstration** gegen die Wählergemeinschaft
"Die Nationalen" und ihre geplante Veranstaltung
mit David Irving unter dem Titel "Die Befreiung
steht noch aus" um 14.00 Uhr vor dem Museum der
bedingungslosen Kapitulation des faschistischen
Deutschland in Karlshorst.
11.00 Uhr, Treffpunkt U-Bahnhof Tierpark,
Bärenschaufenster
.....
17. 5. **Treffen von überlebenden Mitgliedern der Baum-**
Gruppe und ihren Freunden mit Vortrag von Kurt
Pätzold:"Antifaschismus heute".
10.00 Uhr, Begegnungsstätte "pro" der Treptower
Antifaschisten, Kiefholzstr. 275
.....
18. 5. **Gedenkfeier des Aktiven Museums**
für alle Menschen, die im Zusammenhang mit dem
Brandanschlag auf die antisowjetische Propaganda-
Ausstellung im Lustgarten am 18. Mai 1942
hingerichtet wurden, "zur Vergeltung" erschossen
wurden oder auf andere Weise zu Tode gekommen
sind.
21.00 Uhr, Lustgarten in Berlin Mitte
(S-Bahn Marx-Engels-Platz)